

LESEROBMANN

Erst Hemd, dann Rock



REINHARD OLDEUWE

TELEFON: 0371 656-6566 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Zu den prägenden Erinnerungen meiner Jugend gehören die autofreien Sonntage während der ersten Ölkrise im Spätherbst des Jahres 1973, denn ich sehe mich noch, wie ich mit meinen Freunden auf dem Fahrrad durch die Stadt gedüst bin, wie wir mitten auf der Straße fuhr und Kreuzungen überquert haben, als würden wir die Welt erobern wollen. Dass diese Zeit damals für die Bundesrepublik eine der schwersten nach dem Zweiten Weltkrieg war, weiß ich heute, aber damals war uns Kindern das eher egal. Auch haben wir uns keine Gedanken darüber gemacht, dass die Experten davon ausgingen, die weltweiten Reserven an Erdöl würden maximal bis zur Jahrtausendwende reichen. Warum ich das erzähle? Weil mir die Bilder besonders lebhaft vor meinem geistigen Auge erschienen sind, nachdem ich mit einem Leser ein zwar kurzes, aber meiner Ansicht nach aufschlussreiches Gespräch geführt habe.

„Nachdem ich die Leserbriefe zum Klimawandel und Ihre Kolumne gelesen hatte, habe ich mir meine Gedanken gemacht“, erklärte er mir und fasste das Ergebnis seiner Überlegungen ebenso knapp wie prägnant zusammen: „Es wird zu viel geredet und demonstriert und zu wenig gehandelt.“ Dieser Erkenntnis habe ich zunächst uneingeschränkt zugestimmt, bevor er mir sagte: „Ich würde dies vorschlagen: Ein Bündnis von den unterschiedlichsten Gruppen innerhalb der Umweltschutzorganisationen und aller politischen Parteien und Verbänden spricht sich für ein autofreies Wochenende im Monat aus und appelliert an alle Deutschen, dabei mitzumachen und das Auto einen Samstag und Sonntag lang stehen zu lassen.“ Geantwortet habe ich: „Das ist eine ganz wunderbare Idee, nur befürchte ich, dass selbst wenn solch ein Bündnis zustande käme und eine solche Aktion tatsächlich realisiert und ein solches Wochenende verkündet würde, vermutlich nur eher wenige Menschen in unserem Land sich daran beteiligen würden.“

Was ich dann zu hören bekam, hat mich wirklich überrascht. „Genau das ist es ja, worauf ich hinaus will“, sagte der Leser. „Meinen Schätzungen zufolge müsste sich, wenn sich alle Bürger, die sich gerade bei Demonstrationen oder als Anhänger der Grünen für mehr Klimaschutz starkmachen, an einem solchen autofreien Wochenende beteiligen würden, mindestens ein Viertel aller Autos in Deutschland an diesen beiden Tagen nicht bewegen dürfen.“ Weil ich schwieg, fragte mich der Mann: „Sind Sie noch da?“

Dann habe ich mich dazu bekannt: „Sie haben vermutlich recht, hier dürfte es eine erhebliche Diskrepanz geben, weil deutlich weniger Menschen sich an der Aktion beteiligen würden, als es zurzeit mehr oder weniger aktive Klimaschützer in Deutschland gibt.“ Der Anrufer war froh, dass ich ihn verstanden hatte, und sagte: „Ganz genau, auch der Klimaschutz ist ein Problem, bei dem den Leuten das Hemd näher als der Rock ist.“ Widersprochen habe ich wieder einmal nicht, nur nachdenklicher geworden bin ich; und reden würde ich auch gern darüber.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

So funktioniert Demokratie – oder nicht?

Zu den Berichten und Kommentaren über die Landtagswahl in Sachsen hat uns eine Vielzahl an Leserbriefen erreicht. Dies ist eine Auswahl mit Auszügen daraus.

Sondierungsgespräche führen

(...) Die AfD ist eine von über einem Viertel der Wähler demokratisch gewählte Partei, die es nur gibt, weil unsere beiden großen Volksparteien an bestimmten Stellen ihre Arbeit nicht gemacht haben oder – wie bei der Flüchtlingsproblematik – ihnen die zu erwartenden Probleme über den Kopf gewachsen sind. Viele Menschen haben in die Ankündigungs- und die mit sich selbst befassende Politik der etablierten Parteien einfach kein Vertrauen mehr. Das Wahlergebnis ist so, wie es ist. Auch die CDU muss als einer der Wahlverlierer mit gemäßigten Vertretern der AfD reden, um die Aufträge, die beide Parteien von ihren Wählern erhalten haben, durch Kompromisse im Interesse Sachsens und der Menschen zu erfüllen. Wer von vornherein die Meinung von einem Viertel der Wähler von der zukünftigen Arbeit ausschließt, hat meiner Auffassung nach nichts mehr in der Politik zu suchen. Die Arroganz der Macht sollte vorbei sein. Ich würde die AfD zu Sondierungsgesprächen einladen, sie mit ihren Vorstellungen bei den Hörnern packen und fragen, wie sie umgesetzt werden sollen. Daraus könnten dann sogar Koalitionsverhandlungen entstehen. Wenn sich hoffentlich der gemäßigte Teil der AfD in der Partei durchsetzt, wird sie spätestens nach den nächsten Landtagswahlen in Sachsen mit am Regierungstisch sitzen.

Rainer Peterhänsel, Netzschkau

Wahlprogramme austauschbar

Auf die Regierungsbildung darf man gespannt sein: Konservative Schwarze mit eher linken Grünen – geht das, ohne dass beide Parteien ihr Gesicht verlieren? Und die SPD mittendrin, zwischen Baum und Borke? Gebietet der Wählerwille nicht eher eine Koalition von CDU und AfD, so schlimm die für den Freistaat auch wäre? Und was ist mit der Linken, die vor fast 30 Jahren als starker Gegenpol im Osten gegen die etablierten Westparteien angetreten war und deren konsequentes Eintreten für den Osten, für Frieden und soziale Gerechtigkeit lange Zeit vom Wähler honoriert wurde? Warum verliert sie von Wahl zu Wahl mehr an Gewicht? Woran liegt es, dass sie die Menschen im Osten immer weniger erreicht? Vielleicht daran, dass die Stammwähler weniger

Von solchen Aktionen die Nase voll

Zur Nachricht „Aktivisten warnen mit Panzern vor AfD“:

Zum Glück lässt sich Dresden nicht alles gefallen und verbietet die Aufstellung eines Panzers. Trotzdem sei den politischen Schönheitsfanatikern in Berlin folgende Frage gestellt: Können Sie sicherstellen, dass der von Ihnen organisierte Panzer an keiner Aktion beteiligt war wie bei der Niederschlagung des DDR-Volksaufstandes 1953, des Aufstandes in Ungarn 1956, des Prager Frühlings 1968, des Aufstandes auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking 1989? Oder hat er Uranmunition im Irakkrieg verschossen? Wer anders denkt, bekommt's mit Panzern zu tun. Dass wir von solcher Art „wehrhafter Demokratie“ die Nase voll haben, sollte sich auch bis zum letzten Naivling herumgesprochen haben. Siegfried Franz, Oelsnitz/E.



In Sachsen wurde gewählt, doch wie es weitergeht, dürfte ganz Deutschland interessieren.

FOTO: PETER ENDIG/DPA

werden und die jungen Leute mehr zu den Grünen tendieren, sich mit dem Smartphone in der Hand im SUV der Eltern zu den „Fridays for Future“-Demos kutschieren lassen und sich als Pseudo-Veganer am „echten“ Fleischgeschmack der Tofu-Wurst erfreuen, weil es gerade angesagt ist. Die Wahlprogramme der etablierten Parteien waren in Teilen vergessen, dass diese Parteien von Demokraten gewählt wurden. Als ebenso merkwürdig ist wohl eine Demokratie als solche zu bezeichnen, die den eigentlichen Wahlsieger von der Regierungsbildung von vornherein ausschließt und in die Opposition schiebt. Hier wird wiederum der Wählerwille mit Füßen getreten. Das ist kein gutes Omen.

Wolfgang Müller, Freiberg

Kein gutes Omen

Man kann weiter beobachten, wie Parteien ausgegrenzt werden. Viele Jahre betraf das die Linke, neuerdings wird die AfD im Bundestag zu meist recht unsachlich angegriffen oder ignoriert. Dabei wird von den Gralshütern der Demokratie leider vergessen, dass diese Parteien von Demokraten gewählt wurden. Als ebenso merkwürdig ist wohl eine Demokratie als solche zu bezeichnen, die den eigentlichen Wahlsieger von der Regierungsbildung von vornherein ausschließt und in die Opposition schiebt. Hier wird wiederum der Wählerwille mit Füßen getreten. Das ist kein gutes Omen.

Bürgerliche nicht ausgrenzen

Die Versuche der Erklärung des Erfolges der AfD gehen am Kern vorbei. Die AfD wird im wesentlichen

gewählt, weil sie als einzige Partei eine konservative Politik vertritt, vielleicht abgesehen von kleinen Teilen der sächsischen CDU. Den vielen Menschen, die keinen Totalumbau unserer Gesellschaft und selbst unserer bisher schon geschlechtsneutralen Sprache wollen, sondern das Bewährte beibehalten möchten, bleibt leider nichts anderes übrig, als ihr Kreuz bei den Blauen zu machen. Die paar braunen Hohlköpfe in der AfD nimmt man zähneknirschend in Kauf. Die CDU vertritt mittlerweile Positionen der früheren SPD, die SPD solche von Linken und Grünen. Das sollte man endlich sehen, wie es ist, statt bürgerlicher denkende Menschen auszugrenzen.

Andreas Vogt, Großrückerswalde

Nichts mit Versagen zu tun

Nun haben wir die Gewissheit, dass die AfD noch mehr Stimmen gewonnen hat – wer ist daran schuld? Es können doch nicht etwa die etablierten Parteien sein? Die haben schon lange vor den Wahlen immer mit dem Finger auf sie gezeigt. So ist selbstverständlich auch die AfD für die zunehmende Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft verantwortlich. Man hatte sich so gemütlich im Parteien- und Lobbyfilz eingerichtet, dass man wahrscheinlich zu spät mit Fingern auf den aufstrebenden Neuling gezeigt hat. Anstatt sich ins Zeug zu legen und das zu tun, wofür eine Regierung da ist, nämlich für die Menschen da sein,

erging man sich in Eifersüchteleien, Besserwisseri und betrieb treu und brav weiterhin die Lobbyarbeit, damit Konzerne ihre Gewinne maximieren können. (...) Aber der Zulauf, den die AfD verzeichnet, hat doch nie und nimmer etwas mit dem eigenen Versagen zu tun. Es käme ja einem Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit gleich.

Oder hat vielleicht derjenige die Schuld, der die AfD als demokratische Partei zugelassen hat? Und wenn sie zugelassen wurde, dann hat niemand das Recht, ihnen eine Koalition zu verweigern. Die Wahl ist eine Befragung des Volkswillens. Den sollte man respektieren, es sei denn, man will all jenen, die sie gewählt haben, das Stimmrecht entziehen bzw. unliebsame Bürger entmündigen. (...)

Roswitha Weigand, Oberschöna

Ratschläge irritieren sehr

(...) Die Rückschlüsse und Urteile, die im Leitartikel „Kenia ist keine Last“ gezogen sowie die Ratschläge, die der CDU auf den Weg gegeben werden, irritieren sehr. So sei es die falsche Konsequenz, den „sächsischen Weg“ weiterzugehen. Gerade wieder war es aber doch, der die CDU dieses Jahr so stark gemacht hat. Kretschmer und die CDU haben es geschafft, einen Mittelweg zwischen Ablehnung und Anbiederung an die Berliner Politik zu finden, sich konstruktiv davon abzugrenzen und zu verdeutlichen, dass es um die

Gestaltung des Freistaates geht. Warum also soll nach der Wahl dieses Erfolgsmodell aufgegeben werden? (...) Am erschreckendsten ist das Verständnis innerparteilicher Demokratie. Wie richtig festgestellt wird, ist die Basis der sächsischen CDU konservativ. Demnach sollte sich die Partei in Koalitionsverhandlungen als konservativ-liberale Kraft neu erfinden. Soll die Partei über die Köpfe der Basis hinweg neugestaltet werden? Am Ende bedeutet eine Neugestaltung unter diesen Vorzeichen doch lediglich eine Aufgabe weiterer Teile konservativer Positionen, die die CDU gerade auszeichnen und stark machen. Freilich: Die Union befindet sich in einer schwierigen Position. Für eine stabile Koalition kommen nur zwei Parteien in Frage, mit denen keineswegs wohlwollend ein Bündnis eingegangen würde. Mit dem Ausschluss einer Koalition mit der AfD und der Linken bleibt sonst nur eine Minderheitsregierung als Option. Statt sich in das Experiment Kenia zu stürzen, sollte die Union dies als weitere Option ins Auge fassen und für beide Situationen Kosten und Nutzen gewissenhaft abwägen. Denn eine weiter nach links rückende CDU überlässt einer in Sachsen ohnehin starken AfD das Feld rechts der Mitte.

Joseph Walthelm, Flöha

Nicht weiter verunsichern

Mit gerade mal einem Vorsprung von 4,6 Prozent konnte die CDU die Landtagswahlen gewinnen, und für mich einzig und allein wegen des großen Engagements von Ministerpräsident Kretschmer. Er hat verstanden, sich die Probleme der Menschen anzuhören. Trotzdem ist die AfD der Gewinner der Wahlen, auch wenn das die sogenannten Volksparteien nicht wahrhaben wollen. In Chemnitzer Stadtteilen liegt die AfD vor der CDU, und es muss zum Nachdenken anregen, warum ausgerechnet in der Arbeiterschaft die 18- bis 24-Jährigen mehrheitlich diese Partei gewählt haben. Da kann man ohne Wenn und Aber Parallelen zur Weimarer Zeit erkennen. Tausende sind von der CDU abgewandert. Sind das nun alles Rechte oder Wähler, die von der Zuwanderung die Nase voll haben? Die demokratisch gewählten Parteien haben auch über eine Woche nach der Wahl keine Antworten und Konzepte, wie man den Höhenflug der AfD stoppen will. Wenn man Wähler zurückgewinnen will, muss man sich als CDU, SPD oder die anderen Parteien den Herausforderungen stellen und endlich klare Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben und nicht jeden Tag etwas anderes in die Welt posaunen, denn das nervt und verunsichert die Menschen in unserem Land.

Lothar Schumann, Chemnitz

Viel früher damit anfangen

Zum Interview „Zukunft ist immer unsicher“ mit dem Journalisten, Autor und Bildungsexperten Jürgen Kaube meint diese Leserin:



Diskutiert wird, ab welchem Alter die Kinder in Politik unterrichtet werden sollen. FOTO: F. RUMPFENHORST/DPA

Abgesehen vom Titel des Buches „Ist die Schule zu blöd für unsere Kinder“, den ich für nicht seriös genug halte und das Buch deshalb nicht kaufen würde, kann ich dem Autor in vielem recht geben. In einem aber nicht: Jürgen Kaube äußert sich zur politischen Bildung und meint, dass die Beschäftigung damit Erwachsenen vorbehalten sein sollte. Der Meinung bin ich nicht, denn die Kinder werden nicht nur auf die Zukunft vorbereitet, wie es immer so

tens ab diesem Alter sollten besonders humanistische Fragen auch in der Schule eine Rolle spielen. Da kann man nicht erst mit 14 Jahren anfangen. Besonders Fragen, die die Kinder nicht verstehen, darauf sollte die Schule altersgerecht reagieren und diese gemeinsam besprechen. Es muss alles altersgerecht sein und auf keinen Fall eine Parteienpolitik zulassen. Verantwortung sollte den Kindern auch schon übertragen werden, wie sollen sie dann später im Erwachsenenleben abrupt einen Berg davon tragen? Alles mit Augenmaß bitte und keine Überforderung der Kinder zulassen, ihnen Sicherheit geben, das ist die Aufgabe der Erwachsenen. Somit fällt auch der Titel des Artikels „Zukunft ist immer unsicher“ bei mir durch. Den Lehrern wünsche Erfolg und Unterstützung durch die Eltern.

Karin Beier, Lichtenau

Zurück in die Fünfzigerjahre?

Zum Bericht „Bundesregierung will Plastiktüten ab 2020 verbieten“:

Die Umweltministerin hat recht. Es schränkt die Lebensqualität nicht ein, wenn ein Behältnis mitgebracht werden muss. Um die Vermeidung von Plastiktüten nicht als bloße Aktion zum Ködern grüner Wählerstimmen erscheinen zu lassen, sollte man gleich zum Lebensstil der 50er- und 60er-Jahre zurückkehren, denn er war nachhaltiger und umweltfreundlicher. Milch kaufte man in Kannen, Brot, Käse und Wurst lose über die Theke. Verpackungsmüll gab es so gut wie gar nicht. Man fuhr auch nicht mit einem SUV in den Urlaub, sondern mit einem Kleinwagen oder der Bahn. Die meisten Haushaltsgeräte waren handbetrieben, back to the fifties?

Susanne Modemann, Leipzig